



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 1. Dezember 2020  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **P 351 Postulat Sager Urban und Mit. über Unterstützungskonzepte für die von den einschränkenden Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus betroffenen KMU / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Finanzdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Urban Sager hält an seinem Postulat fest.

Urban Sager: Die Forderung, dass der Regierungsrat die von ihm verfügbaren subsidiären Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus jeweils mit einem Unterstützungskonzept für die entsprechenden Branchen verbindet, um die wirtschaftlichen Folgen für die von den Einschränkungen betroffenen KMU abzufedern, ist weiterhin sehr aktuell. Es obliegt nämlich nach wie vor den Kantonen, mit geeigneten Massnahmen die Corona-Pandemie zu bekämpfen. Die Kantone beschliessen aufgrund der stark ansteigenden Fallzahlen eigene Massnahmen, so auch der Kanton Luzern. Es ist davon auszugehen, dass weitere Massnahmen, womöglich auch Lockerungen, subsidiär erfolgen. Da diese Beschlüsse subsidiär erfolgen, trägt der Kanton Luzern auch die Verantwortung, wenn er die Wirtschaftsfreiheit von Unternehmen oder die Bewegungsfreiheit von Menschen einschränkt. Er kann diese Verantwortung nicht an den Bund delegieren. Diese vom Kanton getroffenen Einschränkungen sind in einigen Bereichen so einschneidend, dass Konkurse drohen oder bereits erfolgt sind. Firmen sind also in ihrer Existenz bedroht, und Arbeitsplätze gehen verloren. Da die von den Massnahmen betroffenen Branchen aufgrund der kantonal verordneten Auflagen unverschuldet auf Einnahmen verzichten müssen, muss der Kanton ihnen nach Möglichkeit unbürokratisch mit adäquaten Massnahmen für die Dauer der Einschränkungen Unterstützung leisten. Finanziell haben wir diesbezüglich gestern endlich etwas auf den Weg gebracht, wenn auch zu spät und zu wenig. Mein Postulat geht aber über eine finanzielle Unterstützung hinaus. Es geht um Massnahmen zur Unterstützung der Geschäftstätigkeit, die über das Finanzielle hinausgehen. Mit einer Auslegeordnung und einem Einbezug der Betroffenen werden passgenaue und vor allem auch akzeptierte Lösungen getroffen. Diese Akzeptanz ist nicht zuletzt auch für die Umsetzung und Einhaltung der Massnahmen von zentraler Bedeutung. Deshalb soll der Regierungsrat, so die Forderung des Postulats, bei von ihm beschlossenen Massnahmen zwingend vorab den Dialog mit den betroffenen Branchen suchen. Der Regierungsrat wird wohl behaupten, dass er dies bereits tue. Teilweise stimmt das, aber eben nur teilweise. Das überstürzte Besuchsverbot in Alters- und Pflegeheimen wurde nicht mit den Institutionen vorbesprochen. Auch bezüglich Sexarbeit verschliesst sich der Regierungsrat einem konstruktiven Dialog mit den Betroffenen. Das gilt aber auch für das nun entstehende Expertengremium zur Festlegung der Vergabekriterien in Härtefällen. Sind da Branchenvertreter und Sozialpartner auch mit dabei? Die Regierung muss verbindlich dazu verpflichtet werden, das Gespräch mit den betroffenen Betrieben, Institutionen und Sozialpartnern zu suchen, um gemeinsam

möglichst verträgliche Lösungen zu finden. Das erreichen wir mit der Erheblicherklärung meines Postulats. Wir garantieren damit, dass die Massnahmen verhältnismässig und passgenau sind und die Betriebe die Massnahmen auch mittragen. Aus diesen Gründen halte ich an meinem Postulat fest. Ich danke Ihnen für die Erheblicherklärung meines Postulats.

Ursula Berset: Der Regierungsrat muss in diesen ausserordentlichen Zeiten schnell reagieren können. Das ist etwas, was uns dieses Corona-Jahr deutlich gemacht hat. Noch im Sommer sind wir davon ausgegangen, dass das Schlimmste überstanden ist, und haben auch einer möglichen zweiten Welle ziemlich gelassen entgegengesehen. Heute ist klar, das war etwas zu gutgläubig. Die Pandemie breitet sich exponentiell aus. Zuerst sind es noch wenige Betroffene, und innert weniger Tage explodieren die Fallzahlen. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass es wichtig ist, schnell auf lokale Entwicklungen reagieren zu können. Der Postulant verlangt, dass der Regierungsrat zusammen mit einer verfügbaren Massnahme auch gleich ein Unterstützungskonzept für die betroffenen Betriebe mitliefern muss. Wir finden, das ist nicht der richtige Ansatz, weil es das System verlangsamt und wichtige Massnahmen verzögern kann, wenn noch kein Unterstützungskonzept vorhanden ist. Es ist klar, dass die Unternehmen, die besonders unter den Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus leiden, wissen müssen, welche Unterstützung sie vom Bund und vom Kanton erwarten können. Das Postulat wurde ja bereits Anfang September 2020 eingereicht. Seither ist auf Bundesebene und Kantonsebene einiges gegangen. Mit dem Covid-19-Gesetz des Bundes vom 25. September 2020 sind verschiedene Branchenlösungen in ordentliches Recht überführt worden, und auch für Selbständigerwerbende und Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung ist die Unterstützung jetzt geregelt. Seit gestern ist auch bei der Härtefallunterstützung auf Kantonsebene klar, wie es weitergehen soll. Dass der Regierungsrat mit den Branchen im ständigen Austausch ist, davon gehen wir aus, und das hat der Regierungsrat in der Kommission auch so ausgeführt. Die GLP findet, dass die Unterstützungskonzepte soweit wie möglich klar sind. Der Regierungsrat soll handlungsfähig bleiben und nicht mit Einzelkonzepten beschäftigt werden. Die GLP-Fraktion wird deshalb dieses Postulat ablehnen.

Daniel Keller: Wir werden uns dem vorherigen Votum anschliessen. Die Entscheide der Regierung für Unterstützungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Wirtschaft werden sorgfältig abgewogen. Das gilt auch für den Bereich der Einschränkungen. Die Regierung ist eng mit der Luzerner Wirtschaft und den KMU im Kontakt. Bindeglied ist in diesem Zusammenhang auch der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL), zu dem wohl Gaudenz Zemp noch einiges sagen wird. Auch die Massnahmen im Kultursektor werden vom Bund und den Kantonen entsprechend verlängert. Die Regierung will Massnahmen bezüglich der Förderung oder Einschränkung wenn nötig situativ ergreifen. Das ist das richtige Vorgehen. Unmittelbar besteht aus Sicht der SVP kein Handlungsbedarf, und darum lehnen wir das Postulat geschlossen ab.

Helen Affentranger-Aregger: Kantonale Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus sollen immer unter Berücksichtigung folgender Kriterien verfügt werden: Es soll ein erneuter Lockdown vermieden und gleichzeitig ein Kollaps des Gesundheitswesens verhindert werden. Da sich die Lage rasch ändert, sind kurzfristige und schnelle Entscheide gefordert. Vor diesem Hintergrund scheint es uns nicht machbar, bereits zum Zeitpunkt des Entscheides einer einschränkenden Massnahme ein Unterstützungskonzept vorzulegen. Wichtig ist, dass der Regierungsrat nach wie vor in engem Kontakt und Austausch mit den betroffenen Branchen steht. Die beschlossenen Einschränkungen sollen gemeinsam mit den einschlägigen Verbänden und Vertretern der Branchen reflektiert werden, sodass unbürokratische und kreative Ideen zu allfälligen Unterstützungsmassnahmen entstehen können. Der Einbezug derjenigen, welche die einschränkenden Massnahmen umsetzen müssen, bringt oft eine andere Sichtweise mit sich. Dies schafft Raum für neue Herangehensweisen. Wenn Einschränkungen beschlossen werden, dann muss man darüber nachdenken, auf der anderen Seite aber gewisse Deregulierungen zeitlich limitiert zulassen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Erweiterung der Geschäftsfläche von Gastronomiebetrieben.

Um die laufende betriebswirtschaftliche Entwicklung zu analysieren, eignet sich das eingeführte Wirtschaftsmonitoring bestens. Mit den gestern beschlossenen Härtefallmassnahmen für Luzerner Unternehmen haben einige KMU etwas mehr Planungssicherheit erhalten. Die ständige Justierung und Abwägung sollen neben den einschränkenden auch immer die unterstützenden Massnahmen mit einbeziehen. Wie ich eingangs schon erwähnt habe, sind wir der Ansicht, dass es nicht umsetzbar ist, bereits zum Zeitpunkt eines einschränkenden Entscheids ein Unterstützungskonzept vorzulegen. Es sollte aber möglich sein, die Ankündigung der Einschränkungen zeitlich so zu legen, dass die Betroffenen zumindest 24 bis 48 Stunden Zeit haben, um die Massnahmen umzusetzen. In diesem Sinn lehnt die CVP-Fraktion das Postulat ab.

Gaudenz Zemp: Urban Sager setzt am richtigen Punkt an. Jedes Unternehmen musste sich schon vor der Corona-Krise in die Richtung einer Wirtschaft 4.0 entwickeln und die Digitalisierung angehen. Hier ist bei praktisch allen Firmen ein hoher Handlungsbedarf festzustellen. Gerade notleidende Unternehmen brauchen deshalb in der Corona-Krise nicht nur Geld, sondern auch zukunftssträchtige Konzepte, neue Ideen und neue Geschäftsmodelle. Urban Sager fordert, dass der Kanton Luzern hier Unterstützung leistet und mit den Branchen und Unternehmen zusammen Konzepte erarbeitet. Die FDP versteht das Anliegen. Es wäre schön, wenn es umgesetzt werden könnte. Bei der Umsetzung liegt allerdings das Problem. In unseren Augen werden hier die Möglichkeiten des Staates massiv überschätzt. Der Staat kann zwar ein effizientes Gesundheitswesen organisieren, auch im Bildungsbereich kann er vieles digital regeln. Dafür hat er die Kompetenzen und die nötigen Ressourcen, und die Bereiche sind inhaltlich überschaubar. Der Staat kann aber unmöglich eine komplexe Wirtschaft konzeptionell unterstützend durch die Krise führen. Im Kanton Luzern haben wir 220 Berufe, Dutzende Branchen und 30 000 komplett unterschiedliche Betriebe. Es ist nicht möglich, durch den Kanton hier flächendeckende Unterstützungskonzepte zu erarbeiten. Was Urban Sager jedoch bezüglich des Austauschs der Regierung mit den Branchen fordert, finden wir sehr wichtig, und dieses Anliegen unterstützen wir voll und ganz. Es ist allerdings aufgrund der enormen Dynamik und Komplexität dieser Krise sehr schwierig für die Regierung, immer rechtzeitig mit allen das Gespräch zu suchen. Die Regierung hat aber in der Vergangenheit gut gearbeitet und zum Beispiel auch den Detailhandel sehr schnell kontaktiert, als es darum ging, die Maskenpflicht einzuführen. Hier wurde rechtzeitig proaktiv das Gespräch gesucht. Seit dem Anfang der Krise gibt es einen intensiven Austausch zwischen der Regierung, den Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden. Die Gewerkschaften sind hier in der Person des Fraktionsvorstehenden der SP höchstpersönlich dabei. Wenn sie Handlungsbedarf sehen, zum Beispiel dass mit einer Branche mehr gesprochen werden soll, können sie ihm das mitgeben. In all den Telefonkonferenzen wurde noch nie etwas eingebracht, was die Regierung danach nicht aufgenommen hat. Hier wird die Regierung wieder schlechtgeredet. Ich habe Einblicke, wie die Zusammenarbeit mit den Verbänden in allen Kantonen funktioniert, und muss sagen, dass der Kanton Luzern dies gut meistert. Wir sind überhaupt nicht zu langsam oder zu schlecht. Das Postulat zeigt einen guten Ansatz, ist aber so nicht umsetzbar. Deshalb wird die FDP-Fraktion das Postulat ablehnen.

Samuel Zbinden: Gestern haben wir hier im Rat einen ersten wichtigen Schritt zur Unterstützung von KMU in dieser Krise beschlossen. Das würdigen wir, obwohl wir uns in den Details nicht ganz einig waren. Mit diesem ersten Schritt ist die Arbeit aber nicht getan, Urban Sager hat dies bereits sehr schön ausgeführt. Aktuell konnten wir mit den gestern beschlossenen Massnahmen gewisse Unternehmen mit Liquiditätshilfen unterstützen. Das ist für die Unternehmen, welche vor allem durch die allgemeine Schwächung der Wirtschaft Umsatzeinbussen erleiden, sicher ein gutes und wichtiges Zeichen und hilft ihnen weiter. Für jene Unternehmen, welche aber in den letzten Monaten durch die Massnahmen von Bund und Kantonen ein faktisches Arbeitsverbot hatten, genügen Liquiditätshilfen vielfach nicht. Es braucht direkte Unterstützung. Ich weiss nicht, wie ein Lokal wie die «Schüür» die Liquiditätshilfen zurückzahlen soll, wenn es monatelang nicht geöffnet haben darf. Es ist ja nicht so, dass es nach der Pandemie plötzlich für doppelt so viele Personen Platz hat.

Momentan liegt die Verantwortung wieder etwas mehr beim Bund, aber es ist gut möglich, dass in den nächsten Monaten die Verantwortung wieder mehr an die Kantone delegiert wird. Wenn die Kantone wieder mehr gefordert sind, ist es die Aufgabe des Kantons Luzern, Massnahmen gemeinsam mit Unterstützungen zu beschliessen. Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind wichtig und richtig, sie funktionieren allerdings nur, wenn sie Hand in Hand mit Unterstützungen gehen. Ich höre in diesem Rat immer wieder, dass man bei der Bekämpfung der Klimakrise die Bevölkerung mitnehmen müsse. Das ist richtig, aber genau das brauchen wir auch bei der Bekämpfung dieser Pandemie. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Unternehmen und die Gesellschaft an die Massnahmen halten, und darum braucht es immer zusätzlich zu diesen ein Unterstützungskonzept, egal ob die Unterstützung finanzieller Art ist oder nicht. Beschliessen wir Massnahmen ohne Unterstützung, fördern wir die Skepsis und treiben die Menschen in die Arme von abstrusen Verschwörungstheorien, weil sie verzweifeln. Es freut mich, dass Gaudenz Zemp sieht, dass der Staat ein effizientes Gesundheitssystem organisieren kann. Gerne werde ich ihn daran erinnern, wenn es wieder einmal um Privatisierungen oder Einsparungen im Gesundheitsbereich geht. Die G/JG-Fraktion unterstützt das Postulat aus vollster Überzeugung.

Marcel Budmiger: Es liegt wohl ein gewisses Missverständnis vor, was dieser Vorstoss genau möchte. Wir verlangen nicht, dass gleich ein riesiger Bericht geschrieben werden muss, wie eine Unterstützung aussehen könnte, wenn der Regierungsrat eine Massnahme beschliesst. Es geht darum, dass der Kanton seine Verantwortung wahrnimmt. Das Gleiche verlangt der Kanton vom Bund. Es hiess immer, dass der Bund Massnahmen beschlossen habe und deshalb auch zahlen müsse. Diese Diskussion wird auch bei den Spitälern geführt. Man kann als Kanton nur dann glaubwürdig beim Bund Gelder verlangen, wenn man selber Verantwortung übernimmt. Wenn der Kanton Massnahmen beschliessen muss, kann er ankünden, wie die Umsetzung angedacht ist, ob die Geschädigten finanziell unterstützt oder ob gewisse Regulierungen gelockert werden können. Solche Lösungen sollten zusammen mit den Direktbetroffenen geplant werden, was leider nicht immer passiert ist. Bei der Sexarbeit wurde alles geschlossen, und es gab keine Kommunikation dazu, ob Unterstützung möglich ist. Kein Wunder, sind die Leute wütend, weil sie die Massnahmen nicht verstehen und sich nicht unterstützt fühlen. Wir haben gehört, dass das beim Detailhandel gut funktioniert hat. Als die Maskenpflicht eingeführt wurde, habe ich vom Detailhandel andere Signale bekommen. Die Wogen mussten geglättet werden, weil es sehr kurzfristig war und falsche Versprechungen gemacht wurden. Wenn die Einschränkungen irgendwie kompensiert worden wären, wären die Massnahmen wohl auf mehr Verständnis gestossen. Zum Votum von Gaudenz Zemp: Ja, ich bin bei diesen Telefonkonferenzen mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor jeweils dabei. Es ist nicht so, dass alle Dinge, die ich dort einbringe, auch vom Kanton aufgenommen werden. Es ist aber auch nicht so, dass alle Vorschläge der Bürgerlichen unkritisch übernommen werden. Die Anliegen werden geprüft, und ein Teil wird dann umgesetzt. Die Zusammenarbeit funktioniert, sie findet jedoch einmal im Monat statt, und dazwischen muss die Regierung auch Entscheide fällen, und da werden wir nicht einbezogen. Wir können allgemeine Wünsche anbringen, aber wenn es um konkrete Massnahmen geht, müssen die Direktbetroffenen und nicht wir als Verbandsspitzen Einfluss nehmen. Die Betroffenen sind näher dran, sie haben gute Ideen und können so mit dem Kanton passende Lösungen finden.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Corona-Krise hat sich in den letzten Wochen wieder verschärft. Wir haben gestern einen Sonderkredit von 25 Millionen Franken für die Unterstützung von Unternehmen beschlossen, die von der Corona-Krise besonders hart betroffen sind, die sogenannten Härtefälle. Das Beispiel zeigt auf, dass Bund und Kantone bereit sind, schnell und wirkungsvoll auf die Entwicklung der Lage zu reagieren. Es gibt aber auch immer Rahmenbedingungen wie die Staatsverfassung und die Gesetze, welche zu beachten sind. Anzeichen für eine Besserung sind da, und trotzdem ist die Entwicklung weiterhin ungewiss und kann sich rasch ändern. So war es auch in der Vergangenheit. Darum brauchen wir eine

schnelle Reaktionsfähigkeit der Regierung, um Handeln zu können, und darum lehnen wir das Postulat ab. Es ist manchmal aus zeitlichen Gründen einfach nicht möglich, das alles aufeinander abzustimmen. Aber wir sind bestrebt, immer wieder zusammen Lösungen zu suchen. Die Pandemie ist eine Gesundheitskrise, und der Schutz der Bevölkerung steht im Vordergrund. Wir beobachten die Auswirkungen laufend, und dafür pflegen wir einen Austausch mit den betroffenen Branchen, vor allem aber mit den Verbänden. Ich gebe Marcel Budmiger recht, wir können nicht immer alle Anliegen umsetzen. Wir nehmen sie aber auf. Wir hören also zu, prüfen und setzen um, was für uns machbar und was sinnvoll ist. Zudem verfügen wir mit dem Wirtschaftsmonitoring, das wir an der Sondersession beschlossen haben, über ein gutes Instrument für die Früherkennung von Veränderungen. So sind wir über die Entwicklung der Lage informiert und können zeitgerecht handeln. Auch der nach wie vor intensive Kontakt mit Bundesbehörden, vor allem mit den Direktorenkonferenzen, ist wichtig, und wir tauschen uns auch weiterhin mit den Branchen und deren Vertretern aus. Wir wollen diesen Weg weitergehen, pragmatisch in der Umsetzung sein und eine hohe Reaktionsfähigkeit beibehalten. Die Verantwortung als Kanton nehmen wir wahr. Wo der Bund keine Massnahmen trifft, prüfen wir diese in Abstimmung mit anderen Kantonen, wie wir das bisher gemacht haben. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat ab.